

BStU
000053

Ausführungen des Leiters der Delegation des MfS auf
der multilateralen Beratung der Bruderorgane zu
Problemen der Bekämpfung der ideologischen Diversion
(Prag, 14. - 17. Oktober 1986)

Werte Genossen der Delegationen der Bruderorgane!

Die Delegation des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik dankt den tschechoslowakischen Kampfgefährten für den brüderlichen Empfang, die umsichtige Vorbereitung der Beratung und für die ausgezeichneten Arbeitsbedingungen auf das herzlichste.

Ich habe den ehrenvollen Auftrag, allen anwesenden leitenden Genossen der Bruderorgane - und über Sie allen Tscheken in ihren Ländern - die herzlichsten Kampfesgrüße des Mitglieds des Politbüros des ZK der SED und Minister für Staatssicherheit, Genossen Armeegeneral Erich Mielke, des Kollegiums des MfS und der Leitung der Kreisparteiorganisation zu überbringen. Diese Grüße sind verbunden mit dem aufrichtigen Dank für alles, was Sie zur Unterstützung der Tätigkeit des MfS geleistet haben und leisten.

Genossen!

Die Diensteinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit können ihre sicherheitspolitischen Aufgaben, besonders auch die zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und wirksamen Bekämpfung der ideologischen Diversion, unter günstigen, stabilen innenpolitischen Bedingungen realisieren.

Die Lage in der DDR ist gekennzeichnet durch politische Aktivität, persönliches Engagement und schöpferische Arbeit der Werktätigen zur konsequenten Realisierung der vom XI. Parteitag der SED gestellten anspruchsvollen Aufgaben. Das Vertrauensverhältnis zwischen unserer Partei und dem werktätigen Volk in der DDR ist fest und unerschütterlich.

Der XI. Parteitag unserer Partei zog eine eindrucksvolle Bilanz. Unter Führung der SED, dank des Fleißes der Werktätigen, ungeachtet imperialistischer Störmanöver und unter weltoffenen Bedingungen hat die DDR ihre Entwicklung als politisch stabiler, ökonomisch leistungsfähiger und fest in der Gemeinschaft der Bruderländer verankerter sozialistischer Staat erfolgreich fortgesetzt.

Mit dem XI. Parteitag leitete unsere Partei einen qualitativ neuen Abschnitt bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR ein. Die beschlossene Weiterführung der ökonomischen Strategie zielt in ihrem Kern darauf, durch die breiteste Anwendung der Schlüsseltechnologien und die Erzielung von wissenschaftlich-technischen Spitzenleistungen die wirtschaftliche Leistungskraft der DDR bedeutend zu stärken und so das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes kontinuierlich zu erhöhen sowie die ökonomische Sicherstellung der Landesverteidigung konsequent zu gewährleisten.

Als sozialistisches Staatssicherheitsorgan sind wir uns des untrennbaren Zusammenhangs zwischen starker Ökonomie, zuverlässigem Schutz des Sozialismus und sicherem Frieden, zwischen der Fortführung des bewährten Kurses der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik und der Gewährleistung hoher politischer Stabilität und staatlicher Sicherheit bewußt. Entscheidend ist, auf dem Felde der Ökonomie weitere Siege zu erringen. Davon ausgehend sieht das MfS seine besondere Verantwortung darin, die ökonomische Strategie der Partei maximal zu unterstützen und zuverlässig zu sichern. Ihre störungsfreie Realisierung, die weitere Erhöhung der ökonomischen Leistungskraft der DDR ist, wie unser Genosse Minister immer wieder betont, von großer politischer und zugleich ideologischer Bedeutung und beeinflußt unmittelbar auch die wirksame vorbeugende Bekämpfung der ideologischen Diversion und ihre Wirkungserscheinungen.

Auf dem XI. Parteitag unserer Partei wurde dem MfS der Auftrag erteilt, durch entschlossenes und vorbeugendes Handeln die Macht der Arbeiter und Bauern zuverlässig zu schützen, Überraschungen durch den Gegner auszuschließen und seine subversiven Angriffe gegen die verfassungsmäßigen Grundlagen zu durchkreuzen.

In Verwirklichung dieses Auftrages und der dazu von unserem Minister gestellten Aufgaben unternehmen unsere Dienstleistungen der Aufklärung und der Abwehr noch größere Anstrengungen, um in enger Kampfgemeinschaft mit den sowjetischen Tschekeiten und den Bruderorganen der anderen sozialistischen Länder die friedensgefährdenden und antisozialistischen Pläne, Absichten und Machenschaften der aggressivsten imperialistischen Kreise, der Geheimdienste und anderer feindlicher Zentren aufzuklären und zu vereiteln.

BSU
000457

Darin sehen wir zugleich unseren wichtigsten Beitrag, die Beschlüsse der Budapester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zur Friedenssicherung und Abrüstung, zur Stärkung der Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Gemeinschaft mit durchsetzen zu helfen.

Ich kann hier versichern: Die Angehörigen des MfS stehen voll hinter den vom Genossen Michail Gorbatschow von der Tribüne des XXVII. Parteitages der KPdSU verkündeten Vorschlägen zur Befreiung der Welt von Atomwaffen und zur Schaffung eines weltweiten Systems der internationalen Sicherheit, hinter seinen auf dem XI. Parteitag unserer Partei sowie den weiteren in jüngster Zeit unterbreiteten Vorschlägen zur Beendigung des Wettrüstens, zur Abrüstung und Zusammenarbeit, besonders in Europa und zur politischen Lösung regionaler Konflikte.

Die Verwirklichung der abgestimmten Friedenspolitik unserer Länder ist auch für unser Ministerium ein Kampfprogramm der tschekistischen Arbeit. Davon geleitet betrachten wir unsere Beratung hier in Prag als weiteren Schritt zur Festigung unserer tschekistischen Kampfgemeinschaft, um gemeinsam im Sinne der Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU und der anderen Parteitage unserer Bruderparteien sowie der Budapester Tagung auf dem abgestimmten Kurs der Stärkung des Sozialismus und der Sicherung des Friedens voranzukommen.

Genossen!

Wir gehen wie Sie in unserem tschekistischen Kampf davon aus, daß in der Zeit seit unserer letzten Beratung die USA und die NATO, besonders ihre Geheimdienst- und Propagandazentralen und die Zentren der ideologischen Diversion, die subversiven Angriffe auf unsere Länder insgesamt weiter verstärkt und zugleich zunehmend länder- und lagebezogener modifiziert haben. Festzustellen ist eine noch stärkere Abstimmung und Untersetzung antisozialistischer Maßnahmen auf politischem, ökonomischem, militärischem, diplomatischem und ideologisch-propagandistischem Gebiet mit subversiven Aktivitäten. Dabei ist insbesondere die ideologische Diversion eine wesentliche Seite der internationalen Klassenauseinandersetzung um die Frage "Wer - wen?". Sie zielt auch immer stärker darauf ab, den Nachweis zu erbringen, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung keine Zukunft habe und das kapitalistische System ihr überlegen sei.

Die Arbeitsergebnisse auch unseres Ministeriums belegen, daß es zum strategischen Plan des Imperialismus gehört, vor allem mittels seiner Aufweichungs- und Zersetzungs-tätigkeit unter Einsatz geheimdienstlicher Mittel und Methoden, von Lüge, Verleumdung und Demagogie in den sozialistischen Ländern eine politisch-instabile Lage hervorzurufen, das Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Werktätigen zu untergraben und somit günstige Bedingungen für eine politische Destabilisierung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, für antisozialistische, konter-revolutionäre Entwicklungen zu schaffen.

Immer enger verbindet der Gegner die von ihm praktizierte Politik des Embargos, des Boykotts und andere Formen des Wirtschaftskrieges sowie der ökonomischen Störtätigkeit mit gezielten ideologischen Einwirkungsversuchen und politischen Erpressungsmanövern.

Uns ist bekannt, daß der Gegner damit einerseits die beschleunigte wissenschaftlich-technische Entwicklung unserer Länder beeinträchtigen und hemmen und die weitere Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration im RGW stören sowie andererseits vor allem auch politisch-ideologische Wirkungen bei uns erzielen will.

Wesentlich zugenommen haben nach unseren Erkenntnissen seine Versuche, mit Hilfe einer gezielten Differenzierungspolitik und der Schürung von Antisowjetismus und Nationalismus, vor allem mittels der ideologischen Diversion, die sozialistischen Länder gegeneinander und besonders gegen die Sowjetunion auszuspielen.

Hier reihen sich auch die Bestrebungen ein, die vorhandenen unterschiedlichen Bedingungen, das unterschiedliche Herangehen der einzelnen sozialistischen Staaten an die Lösung wichtiger innerer und internationaler Entwicklungsprozesse auszunutzen, um Differenzen zwischen unseren Ländern zu erzeugen.

Durch ein System komplexer und differenziert vorgetragener ökonomischer, politischer und ideologischer Maßnahmen will der Gegner - wie militante Antikommunisten offen verkünden - "die kommunistische Blockdisziplin" durchbrechen.

Wir schätzen ein: Entsprechend der imperialistischen Arbeitsteilung ist die BRD gegenüber der DDR nach wie vor der Hauptträger, der Hauptverfechter dieses strategischen Vorgehens des Imperialismus. Seit unserer letzten Beratung in Sofia hat die von der BRD und Westberlin ausgehende ideologische Diversion gegen die Bürger unserer Republik an Umfang und Schärfe weiter zugenommen. Die ideologischen Einwirkungsversuche - ob in Form massiver Hetze oder raffinierter Demagogie - sind noch vordergründiger unter Berücksichtigung der konkreten Bedingungen in der DDR auf die politische Destabilisierung gerichtet.

Das widerspiegelt sich in den verstärkten Angriffen auf die führende Rolle der Partei, die Wissenschaftlichkeit ihrer Lehre und ihre praktische Führungstätigkeit, auf ihre Politik zur Festigung der sozialistischen Staatsmacht und zur weiteren Entfaltung der sozialistischen Demokratie, ihre Bündnispolitik und die Politik in Kirchenfragen.

Das zeigt sich in der bereits seit langem, aber besonders in der Zeit unmittelbar vor und nach dem XI. Parteitag, betriebenen Verleumdung unseres Kurses der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, der ökonomischen Strategie, einschließlich der Politik in Umweltfragen. Dabei sind unter dem Eindruck der stabilen ökonomischen Entwicklung der DDR solche Angriffsrichtungen, die Zweifel an der Realisierbarkeit der Wirtschaftsziele hervorrufen sollen, etwas in den Hintergrund getreten. Zugenommen haben statt dessen sowohl offene als auch in sozialökonomische Analysen und Vergleiche eingehüllte, getarnte Angriffe, die darauf abzielen, gewissermaßen Gegensätze zwischen der von der Partei beschlossenen ökonomischen Strategie und den tatsächlichen Lebensbedingungen unserer Menschen zu unterstellen.

Die politischen, ökonomischen und sozialen Erfolge unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung, die im krassen Gegensatz zur Lage, zu den immer gravierender werdenden sozialökonomischen Problemen in den imperialistischen Ländern stehen, geben uns die Möglichkeit und die Berechtigung, auch darüber zu sprechen, warum in unserer Gesellschaft noch bestimmte Unzulänglichkeiten und Mängel bestehen. Diese Entwicklungsschwierigkeiten und sogenannte Problemfelder greifen die gegnerischen Geheimdienst- und Diversionszentralen verstärkt auf.

Immer intensiver beschäftigen sie sich im Rahmen ihrer ideologischen Einwirkung mit sogenannten Alltagsproblemen in der DDR, wie z. B. der Versorgung der Bevölkerung, der Preispolitik und dem Lohn- und Gehaltsgefüge.

Ganz gezielt werden zeitweilig vorhandene und neu auftretende ökonomische und soziale Probleme hochgespielt, die sich aus Maßnahmen der Rationalisierung und der Anwendung der Schlüsseltechnologien ergeben, wie z. B. Probleme der Schichtarbeit, Arbeitsplatz- und Arbeitskollektivwechsel, der Qualifizierung und andere. Mit einer Verstärkung gerade dieser Angriffe verspricht sich der Gegner größere Einflußmöglichkeiten vorrangig unter Kreisen der Arbeiterklasse, der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und der Jugend.

Bedeutend zugenommen haben die ideologischen Angriffe auf die Friedens-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der DDR und ihren Beitrag zur Durchsetzung der abgestimmten Strategie der sozialistischen Staatengemeinschaft. Ständig wird nach neuen Möglichkeiten gesucht, um im engen Zusammenwirken mit inneren Feinden gezielte Provokationen und Kampagnen zu organisieren, angebliche Widersprüche zur Politik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten zu konstruieren und die auf Frieden, Abrüstung, Dialog und Zusammenarbeit gerichtete Politik zu diskreditieren.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Aufmerksamkeit auf folgendes lenken. Die Dialektik unseres Kampfes für den Frieden schließt bekanntlich auch das Eingehen von Kompromissen ein. Bei nicht wenigen unserer Menschen ruft das bestimmte Zweifel hervor, ob das nicht zu einer Schwächung des Sozialismus führt. Bei oberflächlicher Betrachtung sieht das so aus, aber in Wirklichkeit ist das ein Ausdruck unserer Stärke und Überlegenheit. Der Gegner nutzt derartige Kompromisse für sein ideologisches Vorgehen gegen uns aus. In der propagandistischen Tätigkeit legen wir großen Wert darauf, bei unseren Menschen das notwendige Verständnis für die prinzipienfeste und zugleich flexible Politik der sozialistischen Gemeinschaft zu schaffen, um damit offensiv den Wirkungen der gegnerischen ideologischen Diversion zu begegnen und sie einzuschränken.

Zunehmende Anstrengungen werden von den gegnerischen Zentren unternommen, die Angriffe auf unsere Friedenspolitik mit Menschenrechts- und Freiheitsparolen zu verknüpfen. Unablässig und in vielfältigen Modifizierungen wird die Lüge propagiert, daß die Sicherung und Erhaltung des Friedens wesentlich von der Anerkennung und Durchsetzung des westlichen Freiheits- und Menschenrechtskonzepts in den sozialistischen Staaten abhängen würde.

Mit solchen demagogischen Formeln wie "Aus der Verwirklichung der Menschenrechte erwächst Frieden nach innen und außen" oder "Kein Frieden ohne politische Freiheit" zielt der Gegner, wie er es ebenfalls demagogisch formuliert, auf eine "Demokratisierung und Liberalisierung" unserer Gesellschaftsordnung ab, was nichts anderes bedeutet als Etablierung des bürgerlichen Pluralismus und Beseitigung der führenden Rolle der Partei in Staat und Gesellschaft.

Das widerspiegelt sich besonders in solchen von den Zentren der ideologischen Diversion und inneren Feinden erhobenen Forderungen wie

- Freiheit für bzw. Dialog mit Andersdenkenden, Gewährleistung ihrer ungehinderten politischen Betätigung, allgemeine Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, freier Zugang zu Informationen und geistig-kulturellen Gütern, freie Wahl des Wohnsitzes, uneingeschränkte Reisefreiheit,

aber auch in solchen Forderungen wie

- Abschaffung der sozialistischen Wehrerziehung in den Ausbildungsstätten der Jugend, Legalisierung der Wehrdienstverweigerung und Einrichtung eines sogenannten zivilen Wehrersatzdienstes sowie Entmilitarisierung des öffentlichen Lebens.

Mit diesen Stoßrichtungen der ideologischen Diversion aufs engste verbunden, das bestätigen auch unsere Arbeitsergebnisse, sind die verstärkten Angriffe des Gegners auf die Informationspolitik unserer Partei und des Staates.

Dabei werden aktuelle, nationale und internationale, breite Bevölkerungskreise bewegende Anlässe genutzt, um die gesamte Informationspolitik zu verleumden, den Wahrheitsgehalt der angebotenen Informationen in Frage zu stellen, Mißtrauen und Zweifel zu wecken. Auch hier geht es dem Gegner darum, unseren Bürgern die angebliche bürgerliche Freizügigkeit von Ideen, Informationen, Werten und Menschen als Alternative anzupreisen und inneren Feinden politisch-ideologische Leitlinien und Argumente für ihr antisozialistisches Wirken zu offerieren. Gleichzeitig soll damit die Glaubwürdigkeit der Argumente und Informationen, vor allem der westlichen Massenmedien, weiter erhöht werden.

Ob in Form plumper Hetze, mittels verfeinerter Methoden der Demagogie oder der sogenannten offenen Kritik - immer massiver wird versucht, die Politik der Partei, die sozialistischen Verhältnisse in ihrer Gesamtheit anzugreifen, zu verleumden und international herabzuwürdigen.

Dem Gegner geht es um eine permanente Einmischung in die inneren Angelegenheiten, um eine fortgesetzte Druckausübung gegenüber der Partei und dem Staat. Es geht ihm um die Erzeugung innenpolitischer Spannungen, um die Herausbildung feindlicher ideologischer Positionen und die Gewinnung von inneren feindlichen, politisch schwankenden Kräften für seine Ziele, um die Schaffung von Handlungsspielräumen für oppositionelle Kräfte, letztlich um eine langfristige Aufweichung und Zersetzung unserer sozialistischen Ordnung.

In all diesen Aktivitäten, so schätzen wir ein, zeigt sich im besonderen Maße die Linie der USA, der BRD und der NATO, die Freiheits-, Demokratie- und Menschenrechtsdemagogie noch stärker zu einer Hauptsäule des strategischen Vorgehens, der Durchsetzung wesentlicher Seiten des imperialistischen Plans gegen den Sozialismus zu machen. Zugleich wird damit das Ziel verfolgt, einerseits dem zunehmenden Druck der Weltöffentlichkeit in der Friedensfrage zu begegnen, sie von den Grundproblemen unserer Zeit abzulenken und irrezuführen und andererseits den Hochrüstungs- und Konfrontationskurs moralisch zu rechtfertigen.

Ausgehend von unseren gemeinsamen Erkenntnissen ordnen wir hier auch die intensiven Bestrebungen imperialistischer Kreise, von feindlichen Organisationen, Einrichtungen und Kräften ein, angebliche Verletzungen der Menschenrechte in den Mittelpunkt internationaler Tagungen, besonders auch im Rahmen des KSZE-Prozesses, zu stellen. Die USA und andere NATO-Staaten versuchen immer wieder in provokatorischer Weise, die sozialistischen Staaten wegen der angeblichen Nichterfüllung der Schlußakte von Helsinki und des abschließenden Dokuments des Madrider Treffens anzuklagen. Dabei wird deutlich zwischen den einzelnen sozialistischen Ländern differenziert.

Uns allen ist Ottawa und Bern in Erinnerung. Und wir wissen auch über die Absicht der imperialistischen Kreise, ihre bisherige Linie der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten auf der in Kürze stattfindenden KSZE-Nachfolgekonzferenz in Wien fortzusetzen.

Es ist zu erwarten, daß vor allem von den USA erneut Forderungen erhoben werden, die darauf abzielen, in unseren Ländern letztlich Änderungen der innerstaatlichen Gesetze zu erreichen, die für die Verwirklichung ihrer Ziele genutzt und mißbraucht werden können.

Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusammenhang solche geheimdienstlich gesteuerten, unterstützten und personell durchgesetzten feindlichen Organisationen wie "Amnesty International" und "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte", aber auch der von der BRD und Westberlin aus wirkende Verein "Hilferufe von drüben" bzw. die "Arbeitsgemeinschaft 13. August" u. a. Die Aktivitäten dieser Feindorganisationen sind in verstärktem Maße darauf gerichtet, internationale Konferenzen, Staatsbesuche und andere bedeutsame politische Begegnungen durch provokatorische und verleumderische Forderungen zu stören.

Zu diesem Zweck werden unter Verdrehung und Verfälschung der Tatsachen Fälle angeblicher Menschenrechtsverletzungen in der DDR und anderen sozialistischen Ländern konstruiert und propagiert, werden öffentlichkeitswirksame Provokationen inszeniert.

Um ihre Glaubwürdigkeit zu erhöhen, sind diese Organisationen zunehmend bestrebt, einen Beobachterstatus bei internationalen Organisationen zu erlangen, sich als offizielle Gesprächspartner von Vertretern der jeweiligen Staaten und damit als Mitträger politischer Entscheidungen darzustellen. Dabei finden sie die direkte Unterstützung staatlicher Stellen, von Politikern und Diplomaten der BRD und anderer imperialistischer Länder.

Bei der Verwirklichung des gegnerischen Konzepts der langfristigen politischen Destabilisierung, insbesondere mittels massiver und gezielter ideologischer Diversion, das belegen unsere Arbeitsergebnisse, nehmen die gegnerischen elektronischen Massenmedien sowie durch gegnerische Zentren und Kräfte initiierte, gesteuerte bzw. genutzte persönliche Kontakte zwischen Bürgern beider deutscher Staaten einen wachsenden Stellenwert ein. Unter unseren Bedingungen bilden dabei - wie bekannt - die einheitliche deutsche Sprache, die mehrere Generationen erfassenden breitgefächerten und traditionellen familiären Bindungen und besonders die Tatsache, daß das gesamte Territorium der DDR durch die BRD-Rundfunk- und Fernsehsender erreicht wird, besonders günstige Bedingungen für die ideologischen Einwirkungen des Gegners.

Unter der CDU/CSU/FDP-Regierung in Bonn wurden Rundfunk und Fernsehen in der BRD und Westberlin - als die Hauptmittel zur Durchführung der ideologischen Diversion gegen die DDR - noch stärker zu Instrumenten der militanten antikommunistischen, konservativen und revanchistischen Kräfte profiliert. So erfolgten und erfolgen in diesen Medien erhebliche personelle Umbesetzungen zugunsten rechtsorientierter Kräfte, die neue Wege einer differenzierten und flexiblen ideologischen Einwirkung und Einflußnahme auf unsere Menschen durchzusetzen versuchen.

Gegenwärtig erfolgt eine breite Veränderung der Programmstrukturen, vorrangig der BRD-Fernsehanstalten ARD und ZDF sowie des Deutschlandfunks und des unter Regie der CIA stehenden RIAS in Westberlin, mit deren Hilfe die Massenwirksamkeit erhöht und die Diffamierung der DDR verstärkt werden sollen. So ist u. a. vorgesehen, die Sendungen noch stärker dem Tagesablauf unserer Bevölkerung anzupassen und eine sogenannte verfeinerte Ansprechtaktik zu praktizieren. Dabei sollen sich die einzelnen Beiträge noch differenzierter als bisher an bestimmte Teile unserer Bevölkerung, an die Jugend, an Frauen, an Schichtarbeiter, an Bewohner der grenznahen Räume zur BRD, der Städte oder an die Landbevölkerung richten. Besonders aufmerksam verfolgen wir die Pläne und Maßnahmen der USA-Administration, in Westberlin nunmehr auch ein RIAS-Fernsehen zu installieren. Der USA-Kongreß hat - wie bekannt - das Geld dazu bereits bewilligt.

Praktisch damit einhergehend und abgestimmt, erfolgt die ideologische Diversion gegen die DDR in noch stärkerem Maße im Rahmen der vielfältigen Kontakte von BRD-Bürgern in die DDR aber auch unter Nutzung der zunehmenden Reisetätigkeit von DDR-Bürgern, besonders bei Reisen in dringenden Familienangelegenheiten.

Einen immer größeren Stellenwert in der ideologischen Diversion gegen die DDR nimmt auch der stark angewachsene Polittourismus ein, d. h. die Einreise einer Vielzahl von Politikern, Führungskräften bürgerlicher Parteien, staatlicher und nichtstaatlicher Einrichtungen und Organisationen sowie weiterer politisch orientierter Gruppen einschließlich der Kirche. Das Ziel dieses sogenannten Polittourismus besteht in der Anbahnung und Unterhaltung von Kontakten auf den verschiedensten Ebenen, aber auch darin, durch die bloße Anwesenheit politisch präsent zu sein, um allein damit ideologische Wirkungen zu erzielen.

Wir übersehen aber auch nicht die Versuche, als normale touristische Reisen deklarierte Aufenthalte zur ideologischen Diversion unter bestimmten Personenkreisen zu nutzen. Wir sind insgesamt mit wesentlich verstärkten Bestrebungen konfrontiert, im Rahmen des organisierten Tourismus, des "Polittourismus" und der vielfältigsten Formen von kommunalen Beziehungen, aber auch zwischen kirchlichen Einrichtungen, zu Institutionen und Einzelpersonen aus den Bereichen Volksbildung, Wissenschaft und Technik, Kunst und Kultur, Gesundheitswesen und Sport sowie mit Vertretern von Blockparteien und Massenorganisationen unkontrollierte, nicht vereinbarte Kontakte aufzunehmen.

In diesem Sinne sollen vor allem auch abgeschlossene Abkommen, Verträge und Vereinbarungen, wie z. B. das Kulturabkommen zwischen der DDR und der BRD oder der zunehmende Austausch von Studenten, Wissenschaftlern und anderen Geistesschaffenden, mißbraucht werden, gibt es auch zunehmende Vorstöße, möglichst umfangreiche Partnerschaftsbeziehungen zwischen Städten und Gemeinden der BRD und der DDR herzustellen.

In Durchsetzung der Generallinie der Partei und auf der Grundlage dazu getroffener Entscheidungen sehen wir als MfS unsere besondere Verantwortung darin, den Mißbrauch derartiger Beziehungen zu verhindern, derartige Versuche rechtzeitig aufzudecken und mit differenzierten politischen, politisch-operativen und rechtlichen Mitteln unwirksam zu machen. Aufgabe der zuständigen Dienstseinheiten ist es, alles so unter Kontrolle zu halten, damit sich nichts außerhalb der von den zuständigen Partei- und Staatsorganen getroffenen Festlegungen entwickelt, damit über diesen Weg keine nichtgenehmigten Kontakte und Verbindungen hergestellt bzw. unterhalten werden.

Intensivere Aktivitäten zur gezielten ideologischen Einflußnahme und Anleitung von auf feindlichen Positionen stehenden und durch den Gegner nutzbare DDR-Bürger gehen von den legalen Basen, den diplomatischen Vertretungen, Korrespondentenbüros und Konzernvertretungen aus. Sie organisieren eine Vielzahl von Zusammenkünften - häufig auch im Privatbereich bzw. mit dem Anschein privaten Charakters - und konzentrieren sich dabei noch stärker auf uns hinlänglich bekannte innere Feinde.

Eine bedeutende, ständig zunehmende Rolle bei der ideologischen Einwirkung sowie Inspirierung und Organisierung feindlicher und anderer negativer Handlungen in der DDR spielen die Rückverbindungen ehemaliger DDR-Bürger.

Die Ergebnisse unserer operativen Arbeit beweisen: Unter denen, die die DDR auf illegalem Wege oder im Rahmen der Übersiedlung verlassen haben, gibt es nicht wenige, die im Auftrag feindlicher Zentren und Organisationen bzw. im Sinne der gegnerischen Zielstellungen über ihre Verbindungen in die DDR wirksam zu werden versuchen.

Insgesamt müssen wir feststellen:

Der Gegner zielt mittels differenzierter und flexibler ideologischer Einwirkung und Einflußnahme - auch über die genannten Kontakte - immer direkter auf die Initiierung und Förderung von negativen bis hin zu antisozialistischen Verhaltensweisen, vor allem solchen, die zur Auslösung von Spannungen und Konflikten und zum Widerstand gegen die Politik von Partei und Regierung führen sollen. Es geht ihm dabei zunehmend um die Erzeugung gesellschaftlicher Inaktivität, politischen Desinteresses, nachlassender Leistungsbereitschaft, demonstrativer Mißachtung der Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, provokativer Verhaltensweisen, um die Inspirierung von Staatsverbrechen und anderen Verletzungen der staatlichen und öffentlichen Ordnung.

Die Lage bei uns wird wesentlich mit geprägt durch die anhaltenden massiven ideologischen Einwirkungsversuche, insbesondere über persönliche Kontakte und mit gezielten Angriffen der gegnerischen Massenmedien, weitere DDR-Bürger zu Übersiedlungsversuchen zu ermuntern, sie anzuleiten bzw. zum ungesetzlichen Verlassen der DDR zu inspirieren. Wir betrachten das als konkreten Ausdruck der revanchistischen Positionen und des Alleinvertretungsanspruchs der BRD und ordnen das ein in die Bestrebungen des Gegners, zum einen unter unserer Bevölkerung Unruhe zu schüren und feindlich-negative Aktivitäten zu inspirieren, und zum anderen, unserer Republik politischen und ökonomischen Schaden zuzufügen. Somit reihen sich diese massiven Angriffe lückenlos ein in die generelle Zielstellung des Gegners, die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung bei uns zu destabilisieren, die DDR international zu diskriminieren, die zwischenstaatlichen Beziehungen zu stören und der Verbesserung der politischen Klimas entgegenzuwirken.

Immanenter Bestandteil dieser Bestrebungen waren in den letzten Jahren Versuche bestimmter DDR-Bürger und von Kräften der BRD und Westberlins, durch Botschaftsbesetzungen, durch provokatorische Demonstrationen vor Botschaften und andere Aktivitäten der öffentlichen Druckausübung Genehmigungen zur Übersiedlung zu erzwingen. Auf Grund der prinzipiellen Haltung der DDR konnten derartige Machenschaften weitgehend zurückgedrängt werden.

Das führte selbst bei diesen Kräften zunehmend zu der Erkenntnis, daß Fragen der Übersiedlung einzig und allein in die Kompetenz der staatlichen Organe der DDR fallen und wir uns dabei nicht erpressen lassen.

Nach wie vor sind wir mit solchen Wirkungerscheinungen der ideologischen Diversion konfrontiert, wie Versuche einzelner Kräfte, besonders Pseudoschriftsteller, in bestimmten Zeitschriften, Artikeln, kulturpolitischen und satirischen Beiträgen unter dem Deckmantel angeblicher künstlerischer Gestaltungsformen und intellektuell verkleidet Angriffe gegen die Gesamtpolitik der Partei oder einzelne Teilbereiche zu führen. Darin verunglimpfen sie das humanistische Wesen der sozialistischen Ordnung, entstellen die sozialistische Planwirtschaft und würdigen die schöpferische Rolle der Arbeiterklasse herab.

Noch immer gibt es auch Kräfte, die westliche Verlage und Massenmedien als Sprachrohr benutzen. Darunter in letzter Zeit auch bestimmte Kräfte aus den Bereichen Wissenschaft und Kultur, die z. B. vor ihrer angestrebten Übersiedlung oder unmittelbar danach mittels westlicher Massenmedien gegen uns zu Felde ziehen.

Auf der Beratung in Sofia haben wir bereits ausführlich darüber gesprochen, daß das subversive Vorgehen äußerer und innerer Feinde besonders darauf abzielt, unter dem Deckmantel des Kampfes um Frieden und Abrüstung in der DDR eine sogenannte staatlich unabhängige Friedensbewegung,

weitere sogenannte alternative Bewegungen auf kulturell-künstlerischem Gebiet, im Zusammenhang mit dem Umweltschutz bzw. unter verschiedenen Schichten und Berufsgruppen der Bevölkerung zu schaffen. Mit derartigen Bestrebungen, über diesen Weg bei uns eine "innere Opposition" zu etablieren und politische Untergrundtätigkeit zu organisieren, sind wir nach wie vor konfrontiert.

Wir hatten damals auch die Notwendigkeit unterstrichen, diesen Feindbestrebungen durch die Verstärkung einer gezielten gesamtgesellschaftlichen Einflußnahme zu begegnen. Wir berichteten bekanntlich auch über erste Erfahrungen, bei der Zurückdrängung dieser Feindaktivitäten entsprechend der von der Partei vorgegebenen Grundlinie vor allem politische Mittel zur Anwendung zu bringen.

Heute können wir aus unserer Sicht feststellen, daß der beschrittene Weg richtig war und ist. Unter Führung unserer Partei, auf der Grundlage ihrer Orientierungen wurden im engen Zusammenwirken aller Schutz- und Sicherheitsorgane mit anderen staatlichen Organen und gesellschaftlichen Kräften die Absichten des Gegners und der Feinde im Innern wirksam durchkreuzt.

Als Ministerium für Staatssicherheit übersehen wir dabei aber nicht, daß es bei uns noch genügend Feinde gibt, daß sich unter dem Einfluß des Gegners auch neue entwickeln, die bereit sind, im antisozialistischen Sinne zu wirken.

Aber in der DDR gibt es keine "innere Opposition", keine "oppositionellen Bewegungen" und auch keinen politischen Untergrund. Durch gezielte politische Einflußnahme, vor allem durch zweckmäßige Differenzierungs- und Zersetzungsmaßnahmen gelang es, die personelle Basis der Kräfte weiter einzuengen, die im Sinne politischer Untergrundtätigkeit im Innern der DDR wirksam werden sollten bzw. wirksam zu werden versuchten, gelang es, den von ihnen geplanten Aktionen die Spitze abzubrechen.

Unsere Erkenntnisse zu dieser wesentlichen Seite im gegnerischen Vorgehen zusammenfassend, läßt sich feststellen: Von den gegnerischen Zentren, Organisationen und Einrichtungen gehen verstärkt Aktivitäten aus,

- noch enger mit Feinden in der DDR zusammenzuwirken, sie in ihrer antisozialistischen Haltung zu bestärken, was sich unter anderem auch in einer erhöhten Risikobereitschaft uns bekannter innerer Feinde zeigt;
- feindliche und andere negative Kräfte im Innern der DDR zu öffentlichkeitswirksamen provokatorisch-demonstrativen Aktionen zu inspirieren, für solche Aktionen die inhaltliche Stoßrichtung abzustimmen und sie gemeinsam zu organisieren und durchzuführen;

- besonders die Ausarbeitung und Veröffentlichung von Pamphleten, sogenannten offenen Briefen usw. zu initiieren, diese Machwerke in westlichen Massenmedien zu publizieren bzw. auf internationalen Foren mit dem Ziel der Diskreditierung der DDR zu verbreiten. Vor allem auch über diesen Weg sollen bestimmte innere feindliche Kräfte als "Führungskräfte oppositioneller bzw. alternativer Bewegungen im Sozialismus" hochgespielt, als "Symbolfiguren" aufgebaut und damit unter den Schutz der Öffentlichkeit gestellt werden. Das reicht hin bis zu Versuchen der Bildung von im gegnerischen Interesse wirksam werdenden nationalen Menschenrechtsgruppen in der DDR.

In allen diesen Richtungen werden durch derartige gegnerische Kräfte verstärkt geheimdienstliche Mittel und Methoden angewandt. Deutlich wird das vor allem bei den Versuchen, den Einreiseverkehr zur Herstellung stabiler Verbindungs- und Informationslinien und zur Durchführung konspirativer Treffen mit feindlichen Kräften in Privatwohnungen in der DDR zu mißbrauchen. In wachsendem Maße gibt es auch Versuche, für die ideologische Diversion geeignete Druckerzeugnisse und andere Materialien sowie technische Vervielfältigungs- und Wiedergabegeräte einzuschleusen. Immer häufiger kommen dabei auch Personen zum Einsatz, die aus politischen Gründen, auf Grund ihrer Funktion und Stellung, wie beispielsweise die Mitglieder der Fraktion der "Grünen" im Bundestag der BRD, bei ihrer Einreise im bestimmten Umfang großzügig abgefertigt werden.

Gerade von diesen Kräften halten die Versuche unvermindert an, die in der DDR im Sinne politischer Untergrundtätigkeit wirkenden Kräfte im Rahmen einer europäischen "blockübergreifenden Friedens- und Menschenrechtsbewegung" mit gleichgesinnten Kräften in anderen sozialistischen Staaten, mit Spalterkräften in der westlichen Friedensbewegung, mit antikommunistischen und antisozialistischen Kräften, vor allem unter den "Grünen" der BRD, und mit antisozialistischen Emigranten, darunter auch ehemaligen DDR-Bürgern, zusammenzuführen. Zu diesem Zweck übermitteln derartige gegnerische Kräfte aus dem Operationsgebiet Informationen zu möglichen Kontaktpersonen in sozialistischen Nachbarstaaten, versuchen sie, entsprechende Treffen zu organisieren. Wir konnten gleichzeitig feststellen, daß innere Feinde in diesem Sinne auch weitgehend selbständig Aktivitäten unternehmen.

Davon ausgehend sollten wir unsere gemeinsamen Anstrengungen verstärken, um die Kollaboration oppositioneller Kräfte in den sozialistischen Ländern mit geheimdienstlich gesteuerten, antisozialistischen und revanchistischen Kräften im imperialistischen Lager beweiskräftiger aufzuklären und aufzudecken, um alle Versuche wirksam zu unterbinden, einen sogenannten blockübergreifenden Zusammenschluß derartiger Kräfte herbeizuführen und ihre Aktivitäten zu koordinieren.

Um alle Versuche der Zusammenführung oppositioneller Kräfte über die Grenzen einzelner sozialistischer Länder hinweg wirksamer zu unterbinden und unsere Operativität im Vorgehen gegen diese Kräfte zu erhöhen, wird es von uns als zweckmäßig erachtet, die bereits praktizierte und operativ wertvolle flexible Zusammenarbeit, speziell auf der Ebene von Abteilungen, sowie die kurzfristig organisierten Treffen und Absprachen auf dieser Ebene kontinuierlich fortzusetzen und noch auszubauen. Kurzfristiger könnten so z. B. auch Informationen über beabsichtigte Aktionen von Friedenskräften und -gruppen kapitalistischer Staaten in unseren Ländern ausgetauscht, gemeinsame Einschätzungen über die Führungskräfte und die Zusammensetzung derartiger Gruppen sowie über weitere sicherheitspolitisch bedeutsame Angaben getroffen bzw. ausgetauscht werden, könnte die erforderliche gegenseitige Information über in diesem Zusammenhang beabsichtigte Maßnahmen unserer Parteien und Staaten erfolgen.

Das Entscheidende bei alledem ist der objektive Nachweis, und dem sollte unseres Erachtens stets besondere Aufmerksamkeit beigemessen werden - daß die Geheimdienste hinter derartigen Aktionen stehen oder die Organisatoren sind. Diese Beweisführung ist für die Menschen in unseren Ländern, für die internationale Öffentlichkeit eine überzeugende und wirksame politische Waffe.

In unserer Tätigkeit finden wir ständig aufs neue bestätigt, daß die äußeren und inneren Feinde die Situation in allen gesellschaftlichen Bereichen, die sich vollziehenden gesellschaftlichen Prozesse und dabei auftretende Probleme sehr aufmerksam verfolgen.

Ständig suchen sie nach neuen Ansatzpunkten, Mitteln und Wegen für ihr subversives Vorgehen. Das zeigt sich gegenwärtig besonders im Bestreben dieser Kräfte, bestimmte Ängste und Besorgnisse unter Teilen der Bevölkerung hinsichtlich der Nutzung der Kernenergie zielgerichtet gegen uns zu mißbrauchen.

Wir wissen um das Ziel äußerer und innerer Feinde, vor allem die im Rahmen der kirchlichen Arbeit wirkenden bzw. direkt unter dem Schutz reaktionärer kirchlicher Amtsträger agierenden sogenannten Friedenskreise, Ökologiegruppen, Frauengruppen und anderen Gruppierungen auf eine oppositionelle Linie zu bringen, sie in dieser Richtung weiter zu profilieren und zu stabilisieren, sie untereinander fester zu verbinden, aus der Phase der Resignation herauszuführen und in eine Phase höherer Aktivitäten und Wirksamkeit überzuleiten. Es geht diesen Kräften gewissermaßen darum, den oppositionellen Gruppierungen einen neuen "Schub" zu geben, aus der Einschränkung ihrer Basis und Wirkungsmöglichkeiten im Ergebnis der gesamtgesellschaftlichen Arbeit herauszukommen.

Operativ sehr bedeutsam sind für uns auch die verstärkten Anstrengungen dieser Kräfte, ihre Bedeutung und Glaubwürdigkeit aufzupolieren, sich den Anstrich der Objektivität zu geben, indem sie z. B. gezielt versuchen, auf wissenschaftlich-technischem und naturwissenschaftlichem Gebiet sachverständige Personen in die antisozialistischen Aktivitäten einzubeziehen.

Diese Kräfte haben ihre Anstrengungen auch dahingehend erhöht, das verfassungsmäßige Grundrecht unserer Bürger auf gesellschaftliche Mitwirkung und Mitgestaltung für ihre feindlichen Aktivitäten zu mißbrauchen bzw. als Hintermänner dazu zu inspirieren.

So versuchten sie, im Zusammenhang mit dem XI. Parteitag der SED und den Volkswahlen z. B. mittels sogenannter Eingaben, offener Briefe und Forderungskataloge die Politik der Partei bzw. bestimmte Entscheidungen staatlicher Organe zu diffamieren und provokatorische Forderungen zu stellen. Im Januar dieses Jahres richteten einige dieser Personen an die Regierung der DDR einen provokativen "Appell zum UNO-Jahr des Friedens", in dem u. a. uneingeschränkte Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die Zulassung sogenannter unabhängiger Kandidaten zu den Wahlen - also legale Betätigungsmöglichkeiten für eine politische Opposition - gefordert werden.

Wir ordnen hier auch die fortgesetzten Bestrebungen ein, unter Mißbrauch der Möglichkeiten der sozialistischen Demokratie und unter Vortäuschung gesellschaftlichen Interesses in bestimmte gesellschaftliche Organisationen wie den Kulturbund der DDR, den DFD, die Volkssolidarität und andere Massenorganisationen einzudringen, um von dort aus gegen uns agieren zu können.

Aber auch über diesen Weg - das versichern wir heute erneut - wird es den äußeren und inneren Feinden nicht gelingen, ihre konterrevolutionären Ziele zu verwirklichen. Unser Ministerium wird auch in Zukunft die weitere Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie vor jeglichen Angriffen schützen. Gleichzeitig unternehmen unsere Dienstseinheiten, besonders der Abwehr, größte Anstrengungen, um die Potenzen der sozialistischen Demokratie noch umfassender und wirksamer für die Erfüllung des Klassenauftrages zu erschließen.

Genossen!

Wenn ich im folgenden aus der Sicht des MfS einige wesentliche Erfahrungen der Bekämpfung der ideologischen Diversion und ihrer Wirkungerscheinungen darlege, dann betrachten wir das gewissermaßen als Fortschreibung unserer Ausführung auf der Beratung in Sofia.

Die Ergebnisse unserer Arbeit bestärken uns darin: Das Entscheidende für uns ist und bleibt, mit allen unseren Möglichkeiten - einschließlich der Öffentlichkeitsarbeit des MfS - die Partei aktiv dabei zu unterstützen,

daß in allen gesellschaftlichen Bereichen eine wirksame, offensive ideologische und massenpolitische Arbeit geleistet, feinfühlig mit den Menschen gearbeitet wird und ihre Vorschläge und kritischen Hinweise von den Verantwortlichen sorgfältig geprüft und verantwortungsbewußt geklärt werden,

daß in allen Verantwortungsbereichen eine aktuelle und konkrete Einschätzung der Lage, der Stimmung unter der Bevölkerung gesichert wird und

daß die Verantwortlichen in den staatlichen Organen, in den Wirtschaftseinrichtungen und gesellschaftlichen Organisationen ihrer politischen Pflicht für die Stärkung und den Schutz des Sozialismus, für die Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung voll nachkommen.

Unter Führung der Partei unternehmen wir große Anstrengungen, um im engen Zusammenwirken mit staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräften mit dazu beizutragen, die erforderliche offensive Auseinandersetzung mit und die gezielte politische Einflußnahme auf solche Personen und Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten, die im besonderen Maße den ideologischen Angriffen des Gegners ausgesetzt sind bzw. bei denen sich bestimmte Wirkungen der ideologischen Diversion zeigen.

Gute Erfahrungen haben wir dann gemacht, wenn das systematisch, kontinuierlich - also nicht kampagnehaft - erfolgt. Es geht uns - um das noch einmal zu bekräftigen - um die ständige politisch-ideologische Einflußnahme und direkte Einwirkung unter Ausschöpfung aller gesellschaftlichen Möglichkeiten. So streben wir unter anderem bewußt auch die Einbeziehung vom Gegner mißbrauchter, durch die ideologische Diversion irreführter Personen in die Tätigkeit gesellschaftlicher Organisationen an, z. B. im Rahmen des Umweltschutzes. Damit isolieren wir zugleich echte Feinde und schränken deren Handlungsraum wesentlich ein.

Um der ideologischen Diversion, der gegnerischen Kontakt-tätigkeit und allen anderen subversiven Einwirkungsversuchen noch erfolgreicher vorbeugend zu begegnen, schenken wir deshalb

erstens der analytischen Arbeit zur Herausarbeitung der Ursachen und begünstigenden Bedingungen für die Herausbildung feindlicher Einstellungen, für antisozialistische Handlungen, Vorkommnisse und Erscheinungen sowie

zweitens der systematischen Einschätzung der konkreten Wirkungen der ideologischen Diversion, insbesondere im Rahmen der Analyse der Stimmung und Reaktion der Bevölkerung, vor allem auch in den Zielgruppen der gegnerischen Angriffe, in den besonders angegriffenen gesellschaftlichen Bereichen und Objekten

noch größere Aufmerksamkeit. Über die Ergebnisse informieren wir die zuständigen Partei- und Staatsorgane.

Ein wesentliches Anliegen unserer Arbeit sehen wir mit darin, jegliche Störfaktoren, Mängel, Mißstände und andere Hemmnisse, die der Linie und den Beschlüssen der Partei entgegenwirken und feindlichen Kräften zugleich Ansatzpunkte bieten, aufzudecken und solange an solchen Erscheinungen dranzubleiben, bis durch die Verantwortlichen Veränderungen eingeleitet und durchgesetzt werden. Wir bemühen uns, ständigen Einfluß zu nehmen auf die umfassende Wahrnehmung der den örtlichen Staatsorganen, den Leitern der Betriebe, staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen übertragenen Pflichten

- zur objektiven Einschätzung der politisch-ideologischen Atmosphäre im Verantwortungsbereich,
- zur offensiven ideologischen Auseinandersetzung mit feindlichen und anderen negativen Argumenten und Parolen,
- zur vorbeugenden Verhinderung von Wirkungerscheinungen der ideologischen Diversion, besonders antisozialistischer Aktivitäten unter Mißbrauch staatlicher bzw. gesellschaftlicher Einrichtungen sowie betrieblicher oder anderer Kommunikationsmittel und von Übersiedlungsversuchen.

Insgesamt geht es uns um die Durchsetzung ihrer Pflichten zur Gewährleistung einer hohen Ordnung, Disziplin und Sicherheit, der Gesetzlichkeit, des Geheimnisschutzes und der revolutionären Massenwachsamkeit.

Alle unsere Dienstseinheiten unternehmen in Durchsetzung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED wachsende Anstrengungen, um im Sinne der vorgenannten offensiven Maßnahmen und eingeordnet in die offensive massenpolitische Arbeit der Partei und des Staates auch die gesamte Öffentlichkeitsarbeit des MfS wirksamer zu gestalten. Unser Ziel ist es, ihren operativen Nutzeffekt - besonders auch zur vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung von Wirkungerscheinungen der ideologischen Diversion - wesentlich zu erhöhen.

Durch vielfältige öffentlichkeitswirksame Maßnahmen, beispielsweise durch die Vermittlung eines realen Feindbildes - differenziert, im Rahmen von Vorträgen und Foren, von Auftritten ehemaliger Kundschafter und verdienstvoller Mitarbeiter des MfS sowie durch Veröffentlichungen in Presse, Funk und Fernsehen - soll sie mithelfen, die revolutionäre Wachsamkeit der Bürger gegenüber allen feindlichen Mächtschaften weiter zu erhöhen. Wir betrachten es als ein wichtiges Anliegen der Öffentlichkeitsarbeit beizutragen, noch mehr Werktätige in die Lösung der uns übertragenen sicherheitspolitischen Aufgaben aktiv einzubeziehen und ihr Vertrauen zu unserem Organ zu festigen.

Größte Anstrengungen werden von uns unternommen, noch umfassender, aktueller und konkreter die Pläne, Absichten, Maßnahmen und Aktivitäten der mit der ideologischen Diversion, der gegnerischen Kontakttätigkeit und politischen Untergrundtätigkeit befaßten Zentren, Organisationen und Kräfte aufzuklären und zu durchkreuzen. In den Mittelpunkt stellen wir dabei die imperialistischen Geheimdienste, die verschiedensten staatlichen Dienststellen und Einrichtungen politischer Parteien, die "DDR- und Ostforschungseinrichtungen", antisozialistische Emigrantenorganisationen, Gruppierungen ausgewiesener Staatsfeinde, Verräter, reaktionäre Kräfte in der westeuropäischen Friedensbewegung und vor allem auch die elektronischen Massenmedien.

Es geht uns um das noch rechtzeitigere Erkennen von Feinden, Spalterkräften und anderweitig gegen uns tätig werdenden Einrichtungen und Personen im Lager des Gegners, von neuen antisozialistischen Organisationen, Kräften und Vorhaben. Das sollte - so meinen wir - auch noch stärker unsere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet bestimmen.

Die politisch-operative Arbeit aller Dienstseinheiten richten wir noch stärker darauf aus, rechtzeitig neue Erscheinungen und Entwicklungstendenzen im Vorgehen äußerer und innerer Feinde zu erkennen und ein rasches Reagieren zu sichern. Wir orientieren sie darauf, noch vorausschauender zu bestimmen, wo, wie und mit welchen Mitteln und Methoden der Gegner anzugreifen versucht bzw. versuchen wird.

Unter Ausschöpfung aller operativen Potenzen und in enger Zusammenarbeit mit den Bruderorganen arbeiten wir verstärkt daran, die subversiven Vorhaben derartiger Kräfte, ob im Operationsgebiet oder im Innern der DDR, bereits an den Ausgangspunkten, im Prozeß des Entstehens zu verhindern oder so einzuschränken, daß mögliche Wirkungen begrenzt bleiben. Darauf sind beispielsweise auch solche Maßnahmen ausgerichtet, wie die Verhinderung von Einreisen bestimmter Kräfte, die im Sinne politischer Untergrundtätigkeit gegen die DDR wirksam werden wollen, besonders solcher, die persönliche Verbindungen zu derartigen Kräften bei uns unterhalten oder herzustellen beabsichtigen.

Bekräftigen möchten wir unsere gemeinsame Erfahrung, stets sorgfältig zwischen feindlichen Kräften und vom Gegner Mißbrauchten, Irreführten, politisch Schwankenden zu differenzieren, politisch klug zu unterscheiden zwischen Personen, die bewußt als Verbreiter der Argumente und Parolen des Gegners in Erscheinung treten und solchen, die aus unterschiedlichen persönlichen Motiven bestimmte abweichende Auffassungen zum Ausdruck bringen.

Unter Nutzung aller operativen Möglichkeiten, insbesondere der Arbeit mit IM, konzentrieren wir uns darauf, exakt zu klären, wer fest auf den Positionen der Partei und des Staates steht, auf wen sich die Partei unter allen Lagebedingungen unbedingt verlassen kann.

Eine ständige Aufgabe unserer Diensteinheiten und Mitarbeiter, die sehr hohe Anforderungen an sie stellt, ist es, im Prozeß der Klärung der Frage "Wer ist wer?" jene Personen herauszufiltern und unter Kontrolle zu halten, die zum möglichen Reservoir des Gegners zählen, die eine verfestigte feindliche Position erkennen lassen bzw. einer ständigen feindlichen Beeinflussung durch Personen aus dem Operationsgebiet unterliegen. Dazu gehören auch jene, die entsprechende Kontakte suchen bzw. Verbindungen unterhalten oder bei denen sich Veränderungen von ideologischen Einstellungen und Positionen im feindlichen Sinne zeigen.

Unsere operativen Diensteinheiten unternehmen noch größere Anstrengungen, rechtzeitig besonders solche Personen zu erkennen, sie unter Kontrolle zu halten und operativ zu bearbeiten,

- die feindliche Handlungen und Aktivitäten zu inspirieren bzw. zu organisieren versuchen,
- die versuchen, sogenannte alternative, bürgerlich pluralistische, oppositionelle Gesellschafts- und Ökonomiekonzepte zu verfassen und zu verbreiten,
- die offen und in Übereinstimmung mit den Stoßrichtungen des Gegners als Träger der ideologischen Diversion antisozialistische Argumente verbreiten, Parolen, Gerüchte und Spekulationen in Umlauf setzen und erpresserische politische Forderungen erheben sowie solche,
- die operativ bedeutsame Kontakte und Verbindungen zu gegnerischen Zentren, Organisationen, Einrichtungen und Kräften unterhalten.

Das sind nur einige Personenkategorien, auf die wir uns besonders konzentrieren.

Seit unserer letzten gemeinsamen Beratung haben wir darüber hinaus weitere Erfahrungen bei der vorbeugenden Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit gesammelt.

Ein wesentlicher Schwerpunkt unserer politisch-operativen Arbeit besteht darin, die im Sinne politischer Untergrundtätigkeit handelnden Kräfte und ihr Umfeld, ihre Sympathisanten genau zu kennen, in ihre Konspiration einzudringen, ihre operative Kontrolle und Bearbeitung zu gewährleisten. Es geht uns darum, ihren Wirkungskreis einzuengen, sie zu zersetzen, zu verunsichern und zur Abstandnahme von ihren Aktivitäten zu veranlassen. Gleichzeitig schaffen wir aber auch die erforderlichen Voraussetzungen, um sie zum politisch günstigsten bzw. unumgänglichen Zeitpunkt unschädlich zu machen.

Weitere Anstrengungen zur Qualifizierung unserer politisch-operativen Arbeit sind notwendig - und darauf sind die zuständigen Dienstseinheiten orientiert -, die Bekämpfung der Exponenten, der Führungskräfte politischer Untergrundtätigkeit noch wirksamer auf der Grundlage einer langfristig angelegten, das komplexe Vorgehen sichernden Konzeption zu organisieren. Das heißt, sie mittels eines Komplexes politischer, operativer und rechtlicher Maßnahmen noch erfolgreicher zu isolieren, zu verunsichern und zu kontrollieren. Und nicht zuletzt heißt das, besonders auch den objektiven Nachweis ihrer geheimdienstlichen Steuerung und Unterstützung aussagekräftiger zu erbringen.

Ausgehend von diesen Erfordernissen richten wir den Einsatz unserer inoffiziellen Kräfte verstärkt darauf aus, in den sogenannten harten Kern derartiger Gruppierungen einzudringen, um die von Führungskräften ausgehenden feindlichen Aktivitäten noch frühzeitiger zu erkennen und noch rechtzeitig vorbeugende Maßnahmen einleiten zu können, aber auch, um mögliche nachdrängende, sich neu profilierende Führungskräfte zu erkennen. Es geht uns mit dem operativ wirksamsten Einsatz der IM darum, das Entstehen neuer Gruppierungen und Zusammenschlüsse sowie Verflechtungsversuche zwischen bestehenden aufzudecken, ihr überregionales Zusammenwirken einzuschränken und zu unterbinden sowie den Aufbau eines Kommunikationssystems zu verhindern. Mit Hilfe der IM gilt es, die Vorbereitung und Durchführung provokativ-demonstrativer Aktionen und Aktivitäten noch rechtzeitig zu erkennen und zu vereiteln.

Nach wie vor richten wir unsere Überlegungen darauf, das sozialistische Recht noch wirksamer in seiner gesamten Breite - angefangen von den differenzierten Möglichkeiten des Arbeits-, Zivil- und Verwaltungsrechts, des Ordnungswidrigkeitenrechts bis hin zum Strafrecht und Strafprozeßrecht - zur Disziplinierung feindlicher Kräfte und zur Verhinderung von ihnen geplanter Handlungen anzuwenden.

BStU
000093

Auch in Zukunft werden wir die Machtmittel des sozialistischen Staates gegenüber feindlichen Elementen, die sich unbelehrbar zeigen, die unsere Geduld und die dem Sozialismus innewohnenden Vorzüge und Freizügigkeiten skrupellos zu mißbrauchen versuchen, differenziert einsetzen. Dabei gehen wir von dem Grundsatz aus, solche Maßnahmen, einschließlich Festnahmen, immer entsprechend der konkreten Lage, zum politisch günstigsten Zeitpunkt zu treffen.

Bewährt hat sich die auf der Grundlage einer Dienstanweisung des Genossen Minister vorgenommene Übertragung der Gesamtverantwortung für die Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit an die zuständige Hauptabteilung und analog in den Bezirken an die zuständige Abteilung. Wir sagen dazu Federführung.

Damit erreichen wir eine wirksamere Koordinierung der Arbeit der operativen Dienstseinheiten im Rahmen des gesamten Ministeriums sowie in den Bezirken. Besser gewährleistet ist das einheitliche Handeln aller operativen Dienstseinheiten, die effektive und ergebnisorientierte Zusammenarbeit auf der Grundlage einheitlicher Orientierungen und eine straffe zentrale Führung von Aktionen gegen im Sinne politischer Untergrundtätigkeit wirkende Feinde. Vor allem erreichen wir damit einen noch konzentrierteren Einsatz der operativen Kräfte und Mittel und der vorgangs- und personenbezogenen Arbeit im und nach dem Operationsgebiet.

Und nicht zuletzt werden wir den Erfordernissen eines aktuellen Informationsflusses zur kontinuierlichen und aktuellen Einschätzung der politisch-operativen Lage auf diesem Gebiet noch besser gerecht.

wie bereits in Sofia hervorgehoben, widmen wir auch weiterhin der Aufgabenstellung große Aufmerksamkeit, den politischen Mißbrauch der Kirchen in der DDR durch im Sinne politischer Untergrundtätigkeit wirkende Kräfte nachhaltig zu unterbinden. Das von uns dabei unter Führung der Partei praktizierte differenzierte Vorgehen hat sich bewährt.

Das heißt für uns vor allem, beharrlich und differenziert Einfluß auf kirchenleitende Kräfte und Gremien zu nehmen, damit diese in ihrer Tätigkeit und in ihrem Auftreten den Erwartungen, den vom Staat festgelegten Normen entsprechen, aber auch, um sie dazu zu bringen, reaktionäre kirchliche Kräfte selbst zu disziplinieren und Feinden keine Unterstützung zu gewähren. Eine unserer Erfahrungen besagt: Je besser es uns gelingt gegenüber den kirchenleitenden Gremien und Kräften die Forderung durchzusetzen, den kirchlichen Kult nicht zu entweihen, um so mehr verliert die Kirche ihre Einflußmöglichkeiten auf solche Personen, die die Kirche als Deckmantel für ihre antisozialistischen Aktivitäten zu nutzen versuchen.

Gezielt nutzen wir des weiteren realistische Positionen der Mehrzahl der kirchlichen Amtsträger, sich nicht in eine Konfrontation mit dem Staat begeben zu wollen sowie auch bestimmte kirchliche Interessen gegenüber dem Staat.

Es sei mir gestattet, an dieser Stelle auf eine Überlegung aufmerksam zu machen: Wir würden es begrüßen, wenn wir gemeinsam weitere Wege erschließen könnten, um die inoffizielle Einflußnahme auf die Besetzung leitender Funktionen sowie auf die inhaltliche Ausrichtung der Tätigkeit und von Veranstaltungen internationaler kirchlicher Gremien zu verstärken.

In der letzten Zeit wurden bereits ausführliche Informationen und Erkenntnisse über die Lage in den klerikalen Zentren sowie über Versuche des Mißbrauchs klerikaler Kräfte in sozialistischen Ländern ausgetauscht. In den entsprechenden Beratungen erfolgten Festlegungen zur Bekämpfung des feindlichen Einflusses, insbesondere des Vatikans und anderer klerikaler Zentren, darunter "Licht im Osten", deren konsequente Verwirklichung wir auf der Ebene der zuständigen Leiter unterstützen sollten.

Soweit, werte Genossen, zu einigen wesentlichen Erkenntnissen über die Pläne und Absichten des Gegners und innerer Feinde und über einige Erfahrungen zu ihrer Vereitelung. Deutlich dürfte auch geworden sein, daß die Pläne das eine und die Möglichkeiten ihrer Realisierung natürlich etwas ganz anderes sind. Wir halten es aber für notwendig, so offen zu diesen Fragen zu sprechen, weil nur auf dieser Grundlage eine wirksame politisch-operative Arbeit organisiert und eine enge Zusammenarbeit gewährleistet werden kann.

Als Ministerium für Staatssicherheit sehen wir, um das abschließend noch einmal hervorzuheben, in der ständigen Erziehung der Angehörigen unseres Ministeriums zu ideologischer Standhaftigkeit und hoher Moral, in ihrer Befähigung zum richtigen Verständnis der Politik der Partei und zur strikten Durchsetzung ihrer Beschlüsse sowie in der weiteren Qualifizierung unserer politisch-operativen Arbeit auf allen genannten Gebieten eine wesentliche Voraussetzung, um jegliche Überraschungen von außen und im Innern auszuschließen. Dabei wissen wir uns in Übereinstimmung mit Ihnen, werte Kampfgefährten, und gehen von diesen Positionen auch an die weitere Vertiefung unserer tschekistischen Zusammenarbeit heran.

Seit unserer letzten Beratung sind wir in der Zusammenarbeit zur Bekämpfung der ideologischen Diversion, speziell auch der politischen Untergrundtätigkeit - so schätzen wir ein - ein gutes Stück vorangekommen.

Wie von meinen Vorrednern bereits zum Ausdruck gebracht, sehen wir aber auch in unserem gemeinsamen Vorgehen weitere Reserven. Im Interesse der Realisierung der gemeinsamen Anliegen möchten wir aus unserer Sicht über das bereits Gesagte hinaus vor allem folgende Richtungen hervorheben:

Wir sollten weitere Möglichkeiten erschließen zum gezielten Informationsaustausch und zur abgestimmten Bearbeitung ausgewählter Zentren der ideologischen Diversion. Das betrifft nach unseren Überlegungen besonders auch die noch wirksamere Aufklärung und Bekämpfung der unter religiösem Deckmantel subversiv gegen unsere Länder wirkenden gegnerischen Organisationen, Einrichtungen und Kräfte. Gemeinsam müßte es uns besser gelingen, wie bereits gesagt, deren Beziehungen zu imperialistischen Geheimdiensten beweiskräftiger aufzuklären und aufzudecken sowie ihre Verbindungskanäle und Stützpunkte in den sozialistischen Staaten auszuschalten.

Unseres Erachtens wäre es auch erforderlich, die Zusammenarbeit zum besseren Erkennen, zur Aufklärung und Zurückdrängung von antisozialistischen und anderen Spalterkräften in der westlichen Friedensbewegung zu vertiefen. In diesem Zusammenhang halten wir auch die Erarbeitung einheitlicher Auffassungen zu derartigen Gruppierungen und Einzelpersonen in der westlichen Friedensbewegung für sehr wichtig. Begrüßenswert wäre es unseres Erachtens, wenn das auch die Abstimmung des Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern auf internationalen Konferenzen, Beratungen und anderen derartigen Veranstaltungen der westlichen Friedensbewegung umfassen würde, bei denen mit einem besonders starken Auftreten derartiger antisozialistischer und Spalterkräfte zu rechnen ist.

- In der Vertiefung der Zusammenarbeit gerade auf diesen Gebieten sehen wir einen bedeutenden Beitrag zur Durchsetzung der abgestimmten Friedens- und Dialogpolitik unserer Staaten.

Im Geiste der Beschlüsse der Budapester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages wird das Ministerium für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik alles tun, um seiner internationalen Verantwortung jederzeit gerecht zu werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.